

Anlage 8

Redebeitrag des Oberbürgermeisters zur Haushaltsberatung 2010

Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren Stadträte,

die Haushaltsberatung ist jedes Jahr der Punkt, wo ähnliche Reden geführt werden, jedenfalls seit einigen Jahren. Wo man, und das finde ich immer erfreulich dabei, aus Stadtratssicht der Verwaltung dankt. In diesem Jahr ist das besonders wichtig, weil natürlich die Anstrengung des Finanzdezernates den doppischen Haushalt aufzustellen, neben der normalen Arbeit enorm war. Was wir da machen mussten, war gigantisch. Und es hat bisher mit der Einführung zum 01. Januar - soweit wir das einschätzen können - geklappt. Einige Sachen müssten noch bereinigt werden, aber es hat erst einmal geklappt.

Trotzdem haben wir im Jahre 2010 gegenüber den Vorjahren natürlich nicht mehr Geld. Also Doppik ist keine Maschine, um Geld zu generieren. Es ist eine andere Darstellung, und es ist für uns nicht ganz neu. Alle Stadträte waren bisher in GmbH's, in Aufsichtsräten vertreten und die arbeiten ja schon seit Jahren doppisch. Auch die Eigenbetriebe arbeiten seit Jahren schon doppisch. Also ist das gar nicht so etwas ganz Neues, aber für die Stadt ist es neu. Daher ist es für die, die zehn Jahre lang den kameraleen Haushalt vor sich hergetragen haben und den fast auswendig kannten, natürlich schwierig umzudenken. Da ist es für diejenigen, die das erste Mal einsteigen, einfacher, weil sie den Rest bisher gar nicht so verinnerlicht hatten. Wir werden das aber hinbekommen, wir werden damit etwas deutlicher sagen können, wo welche Kosten anfallen, was uns welche Leistungen kosten und auch dann entscheiden können, was wir uns wirklich leisten wollen.

Ich will auch noch einmal zurückgehen auf die Jahre 2002/03, wo wir ja angefangen haben – leider anfangen mussten – Haushaltskonsolidierung zu betreiben. Damals waren wir in einer gigantischen Geschwindigkeit gezwungen dies zu tun, weil wir schlagartig 2003 ein Haushaltsloch hatten, ein Defizit von 46 Mio Euro. Das war auch das Jahr, in dem die Gewerbesteuer dramatisch von 54 Mio auf 36 Mio Euro eingebrochen war. Dann mussten wir Maßnahmen auflegen, die das Loch stopfen. Wir haben uns das Ziel gesetzt, bis 2015 soll das aufgelaufene Defizit wieder auf Null sein. Das unterstellt natürlich, dass man in den Jahren ab 2009 Plus macht. Minus muss durch Plus ausgeglichen werden. D.h., wir müssen im Haushalt eigentlich von 2010 bis 2015 jedes Jahr 20 – 30 Mio Euro Plus machen. Das war in unserer mittelfristigen Planung auch so veranschlagt. Jetzt steht wieder für 2010 ein Minus von 17 Mio Euro zu Buche. D.h., dass die Gesamtaltlasten, die wir jetzt vor uns hertragen, ungefähr bei 200 Mio Euro sind. Ich habe es einmal kurz addiert, es sind gerade 20 Mio Euro, die bis 2015 abgebaut sind. Auch 2015 stehen dann noch 180 Mio Euro, wenn alles so bleibt, wie es mittelfristig geplant ist. Und das ist für mich die eigentliche Katastrophe, weil das nämlich heißt, dass Sie als Stadtrat und wir als Verwaltung auch nach 2015 immer noch in der Haushaltskonsolidierung sind. Oder es fällt uns etwas ganz Geniales ein.

Etwas ist uns eingefallen, das haben andere für uns gemacht:

Sie haben in diesem Jahr im Landtag vorgerechnet, wie der aufgabebezogene Bedarf der Kommunen wäre. Und danach stünden uns in Magdeburg 30 Mio Euro mehr zu. Nicht einmalig, sondern pro Jahr. Wenn wir die hätten, hätten wir in diesem Jahr ein Plus.

Und zwar genau die Zahl, die wir eigentlich in der mittelfristigen Planung hatten – ungefähr 10 Mio Euro Plus. Wir wären auch 2015 mit dem Abarbeiten der Schulden fertig.

Jetzt wissen wir aber auch, und das ist das Problem, das wir alle gemeinsam zu tragen haben, wenn man auf das Land und den Bund schaut, und feststellt, dass es denen auch nicht viel besser geht. Herr Schwenke weiß es, das Land hat 20 Mrd. Euro, wahrscheinlich ein wenig mehr, Schulden, echte Kreditschulden. Der Bund hat allein in diesem Jahr 86 Mrd. Euro Kreditschulden. Jeder 4. Euro des Bundes wird in diesem Jahr über Kredite finanziert und zwar für alle Leistungen. Nicht wie bei uns nur für Investitionen, sondern alles was da so auf den Tisch kommt wird über Kredite finanziert, so dass wir davon ausgehen können, es wird auch in den nächsten Jahren nicht dramatisch besser werden. Auch wenn wir laut rufen und sagen, wir wollen mehr Geld haben, wird es wahrscheinlich nicht ankommen.

Jetzt kommt die spannende Frage: Was bekommen wir zustande? Sind wir in der Lage, noch weiter das Defizit durch Sparmaßnahmen auf der Ausgabenseite, wie Kollege Westphal gesagt hat, wegzukriegen? Oder alternativ auf der Einnahmenseite mehr Einnahmen zu generieren? Ich glaube, das Entscheidende für die nächsten Jahre wird bei uns sein, dass wir auf der Einnahmenseite etwas machen müssen. Denn die Ausgaben werden unweigerlich weiter steigen. Wir werden höhere Personalkosten haben, gerade ist ja wieder eine Tarifsteigerung gewesen. Das wird im nächsten Jahr nicht anders sein. Wir werden höhere Energiekosten und höhere Sachkosten zu bezahlen haben. Wir werden wahrscheinlich höhere Leistungen an die freien Träger, die Kindergärten betreuen, geben müssen, weil zum Glück wieder mehr Kinder geboren sind. Wir werden auf der Ausgabenseite keine Millionenbeträge in der Größenordnung von 20 – 30 Mio Euro einsparen können. Mir fällt jedenfalls dazu nichts ein. Ich habe hier heute jedenfalls keine Botschaft gehört, von keinem der bisher vor mir gesprochen hat, wo man das machen kann. Also bleibt die spannende Frage, was man auf der Einnahmenseite machen kann.

Und darum ist es ja seit Jahren so, dass wir als Verwaltung vorschlagen, als erstes Politikfeld Wirtschaftsförderung zu machen. Wir müssen es hinbekommen, dass wir bis 2019 durch weitere Ansiedlungen eigene Einnahmen generieren und die Betriebe, die wir haben, wachsen lassen können. Was wir dazu beitragen können, müssen wir machen. Und wenn es irgendwo einen Euro Fördermittel gibt, wo wir irgendetwas in Gang bringen können – ob das in Rothensee ist oder in anderen Gewerbegebieten – dann müssen wir das tun. Ob das reicht, weiß ich nicht.

Das zweite Feld ist: Wenn wir überhaupt die nächsten Jahrzehnte eine Chance haben wollen, dann müssen wir Politik machen für Kinder und Jugendliche und für junge Familien. Wenn Kinder und Jugendliche und junge Familien hier keine Chance haben, werden wir keine Zukunft haben. Und darum ist unser Feld, unsere Konzentration der Investitionsmittel auf Kindergärten und auf Schulen zu richten, die erste Antwort, die wir darauf geben können. Das wird nicht ausreichen. Aber wir haben auch bei Kultureinrichtungen, Sporteinrichtungen, Jugendeinrichtungen nirgendwo einen Euro gekürzt. Die Leistung, die wir da erbringen, die ist bemerkenswert. Und auch wichtig, sonst würden wir es ja nicht vorschlagen und auch nicht mit Ihrer Zustimmung machen. Das alles werden wir in den nächsten Jahren in dieser Konstellation weitermachen müssen.

Aber ich appelliere noch einmal auch an die Vertreter des Landes, man muss wenigstens den Mut haben, die Aufgaben, die wir als Landeshauptstadt, als kreisfreie Stadt wahrnehmen, auch zu finanzieren. Wenn wir die Aufgaben wahrnehmen, müssen wir sie auch finanziert bekommen. Und wir bekommen ständig neue Aufgaben übertragen, die auch Geld kosten. Das ist gerade wieder passiert. Da gibt man uns erst einmal das Geld mit und sagt, hier habt ihr das Geld dafür, und im nächsten Jahr kürzt man die allgemeinen Zuweisungen und schon hat man wieder die Aufgabe natürlich nicht finanziert. Und dieser Kreislauf, der muss durchbrochen werden und ein Ende haben.

Seit 2003 haben, wir gemeinsam – in der alten Deklaration Verwaltungshaushalt haben wir gemeinsam durch Maßnahmen 75 Mio Euro pro Jahr eingespart. Hätten wir das nicht getan, dann hätten wir heute wahrscheinlich seit 2004 insgesamt fast 500 Mio Euro mehr an Defizit kumuliert. Ja das ist so, wir würden heute bei 300 – 500 Mio Euro Defizit stehen, die wir vor uns hertragen, wenn wir das nicht getan hätten.

Und darum sehe ich es auch etwas optimistischer als was mancher hier heute vorgetragen hat, weil: Bei jeder Maßnahmen, die wir vorgeschlagen haben, es war ja meistens die Verwaltung, die vorgeschlagen hat, gab es Kritik, gab es auch Abschwächungen und gab es auch Vorschläge es nicht zu tun. Wenn man heute zurückblickt auf die letzten sechs, sieben Jahre, und sich die ganzen Maßnahmen vergegenwärtigt, dann muss ich sagen, lebt unsere Stadt immer noch ganz gut. Und das ist auch eine Kernaussage, die ich auch auf das gesamte Land beziehen möchte. Wir leben seit Jahrzehnten über unsere Verhältnisse. Wir geben Geld aus, das der Staat in Gänze nicht hat, sowohl auf Bundes-, auf Landes- und auf kommunaler Ebene.

Diese 75 Mio Euro, die wir eingespart haben, hätten wir das nicht gemacht, würden wir die heute noch ausgeben. Ob es uns dabei sehr viel besser gehen würde, ist fraglich. Ich glaube nicht. Ich glaube, dass wir da an richtigen Stellen auch gesagt haben, das muss nicht unbedingt sein. Da kann man sich auch einmal von der einen oder anderen Einrichtung verabschieden, die auch schön wäre, aber die man eben erst dann finanzieren kann, wenn man das Geld hat. Und das muss auch der Leitfaden sein, dass wir das in den nächsten Jahren, da wo es machbar ist, auch weiter machen. Wir werden Ihnen jedenfalls weiterhin Vorschläge unterbreiten, die zwar nicht mehr so einfach zu finden sind, wie die letzten Jahre zuvor, um 17 Mio Euro schlagartig zu schließen. Wir werden aber einiges davon im Laufe des Jahres innerhalb des Haushaltskonsolidierungskonzeptes hinkommen. Und dann hoffentlich mit Land und mit Bund die restlichen Aufgaben auch lösen können.

Ich will noch auf etwas, was Herr Westphal gesagt hat, eingehen, weil das ja wirklich falsch war. Wir haben in den letzten Jahren einen Verwaltungshaushalt gehabt von 430 – 450 Mio Euro auf das Jahr bezogen. Natürlich, wenn ich auf das Jahr bezogen mein Defizit von 90 Mio Euro des Vorjahres oben drauflege, dann bin ich eben schon bei 530 Mio Euro. Und wenn ich dann noch die Ausgaben dazugebe, die Hartz IV gekostet haben und die wir vorher nicht hatten, dann bin ich schon bei 620 Mio Euro oben drauf. Wenn wir es ganz richtig gemacht hätten, wie es z.B. Halle macht – die packen nämlich jedes Jahr die volle Summe oben drauf, hätten wir noch 90 Mio Euro mehr im Haushalt gehabt. Darum hat Halle nämlich ein Volumen von 710 Mio Euro pro Jahr. Davon sind aber 200 Mio Euro Altdefizit. Die müssen Sie nämlich abziehen. Die können Sie nicht einfach oben drauf addieren. Das ist so, wir haben definitiv im Verwaltungshaushalt nicht mehr Geld ausgegeben, sondern wir haben nur das,

was an Kosten und Steuern gekommen ist, oben drauflegen müssen. Im Personalkostenbereich und anderen Bereichen leider auch, aber insgesamt haben wir diese Dimension, die Sie vorgetragen haben, einfach nicht an Mehrkosten gehabt. Wenn Sie das erzählen Herr Westphal, dann können wir uns beide zusammensetzen und dann werde ich Ihnen erläutern, dass das, was Sie gesagt haben, nicht der Realität entspricht.

Ihre zweite Bemerkung Herr Westphal zum Einfluss des Stadtrates - ich betone das auch heute wieder - ist grundfalsch. Der Stadtrat hat die Budgethoheit. Er muss sich nur die Mühe machen, bei der Beschlussfassung zu den Eckwerten des Haushaltes, zu sagen, was er gerne will. Das macht er meistens nicht. Da kann der Stadtrat festlegen, wie groß sollen die Budgets sein, was wollen wir uns im nächsten Jahr leisten und dann bauen wir auf dieser Basis der Eckpunkte den Haushalt auf. Das haben wir schon in einigen Jahren so gemacht, aber da kommen relativ wenig Vorschläge, die genau die Eckpunkte festlegen. Der Stadtrat kann hier alles entscheiden, im Rahmen natürlich der Gesetze. Das sage ich immer dazu.

Noch ein Wort zu den überplanmäßigen Ausgaben. Natürlich werden wir, wenn wir im Laufe eines Haushaltsjahres Ausgaben kriegen, die wir nicht wollen, die aber bezahlt werden müssen, dafür eine Deckung vorlegen müssen. Sie meinen aber etwas anderes. Sie meinen: „ich habe noch einen schönen Wunsch im Februar und im März und im April, den ich auch gerne finanziert haben möchte.“ Das geht eben nicht. Das machen wir nämlich auch nicht. Wir schlagen eben nicht im April vor, wir möchten gerne noch die Straße X saniert haben, dafür brauchen wir 200 TEuro. Sondern wir sagen: Wenn Pflichtaufgaben da sind, die finanziert werden müssen, dann muss es dafür eine Lösung geben. Und dann gibt es auch dafür einen Deckungsvorschlag. Eine andere Vorgehensweise kann es aus meiner Sicht nicht geben.

Ich möchte noch auf zwei Bemerkungen eingehen, die Herr Schuster gemacht hat. Das mit der IB-Bank, das ist ein Programm, das das Landesfinanzministerium und das Land auflegen will zur Teilentschuldung. Daran werden wir uns beteiligen. Das habe ich gesagt, das ist mein Wille. Ich werde Ihnen dazu eine Drucksache vorbereiten. Das führt in den ersten Jahren zu einer höheren Belastung der Kommune, weil wir innerhalb von 10 Jahren dann den Kredit tilgen müssen. Wir bekommen 30 % einer Kreditsumme erlassen und müssen dann aber 70 % in 10 Jahren komplett tilgen. Wir werden das trotz der höheren Belastung machen, weil wir damit ein Volumen von ungefähr 100 Mio Euro der echten Kreditschulden wegstreichen. Aber was die Sparkassen dabei betrifft, die haben dabei sogar einen kleinen Nachteil, einige jedenfalls. Weil der Kredit, der fällig wird in dem Zeitraum, den übernimmt die IB-Bank von der Sparkasse, sodass die Sparkassen und anderen Banken davon eigentlich keinen Vorteil sondern eher einen Nachteil haben, weil ihnen die Kredite sozusagen als Zinsertrag verloren gehen. Sondern hier wird ja über die IB-Bank die Finanzierung übernommen mit einem gedeckelten Zinssatz, der uns ja dabei auch ein Stück weit entlastet. Aber für die Sparkassen ist das kein Grund um Hurra zu rufen und zu sagen, bitte noch mehr davon. Sondern sie verlieren ja Geschäftsanteile dadurch.

Was die Schulen betrifft, das muss ich hier deutlich sagen, dieser Debatte, die kommen könnte, muss man vorbeugen. Bei den Schulen haben wir hier im Stadtrat gemeinsam einen Beschluss gefasst, welche Schulen wir für die Stadt Magdeburg anhand der Schülerzahlen, die wir kannten, erhalten wollen. Und da weiß ich genau, dass wir als Verwaltung bei den Grundschulen schlimmeres vorgeschlagen hatten, als wir jetzt haben. Das ist hier alles abgelehnt worden. Auch bei den Sekundarschulen hatten wir schlimmeres vorgeschlagen, als wir jetzt haben. Auch das ist hier abgelehnt worden. Wir wollten einmal zwei Sekundar-

schulen schließen, dass haben Sie als Stadtrat nicht mitgemacht. Jetzt haben wir es gemeinsam getragen und haben auch Schülerzahlen, aber die sind gerade „an der Kante genäh“. Wir haben uns verpflichtet, durch Investitionen die Schulen auch zu erhalten. Und darum ist das, was Sie gesagt haben mit den Schulbezirken sehr gut zu überlegen, was man da tut, um nicht in eine Falle hineinzulaufen. Weil nämlich genau das eintreten kann, wenn ich das tue, ohne Maßnahmen und ohne Regelungen festzulegen. Dann kann ich nämlich durch den Wettbewerb sagen: Wunderbar, aber dann geht eben eine Schule krachen, die wir vielleicht gerade saniert haben. Und darum muss man an der Stelle gut überlegen was man tut, um nicht Schaden für die Stadt anzurichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich will noch einmal am Ende, weil das heute ja bisher eine sehr harmonische Debatte war, auch an die Stadträte meinen Dank aussprechen, weil ich aus den Beratungen bisher, die ich jedenfalls mitverfolgen konnte, z.B. im Finanzausschuss - da war ich ja nur teilweise anwesend - anhand der Anträge schon sehen kann, dass die meisten Stadträte auch erkannt haben, worum es geht und keine Anträge stellen, die den Haushalt sozusagen ins Wanken bringen. Das haben wir ja bisher nicht gehabt. Und es bleibt aber auch dabei, und das finde ich jedenfalls unsäglich, wenn wir hier einen Beschluss gefasst haben und die Verwaltung dabei ist, ihn umzusetzen, dass „ich dann als Stadtrat sage, das interessiert mich alles überhaupt nicht, was ihr da erzählt und gemacht habt, ich komme heute wieder mit einem Antrag und sage, den Mist machen wir nicht, das schmeißen wir aus dem Haushalt heraus.“

Was ist das für ein Verständnis von Demokratie, zu Mehrheitsentscheidungen, die wir über Jahre uns erstritten und getroffen haben, zu sagen, „kratzt mich alles überhaupt gar nicht. Ich beantrage hier heute trotzdem einmal, dass wir das nicht machen und das Geld dafür im Haushalt nicht einstellen.“ Das ist ja ein Aufruf zur Rechtswidrigkeit, so etwas zu tun. Ich habe Verträge in Ihrem Namen unterschrieben, weil Sie einen Beschluss gefasst haben. Und jetzt sagt man, machen wir nicht. Und das hat ja auch mit Vertrauen zu tun. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber wenn man irgendwann eine Entscheidung getroffen hat, geht dafür Verpflichtungen und Verträge ein, dann muss man diese auch einhalten. Mein Bitte ist, das wir den Haushalt so heute beschließen, die Anträge jetzt diskutieren und auch darüber vielleicht auch noch einmal an der einen oder anderen Stelle streiten, aber dann auch in den nächsten Jahren gemeinsam versuchen, den Haushalt ins Lot zu bringen. Man kann das schaffen. Es gibt keinen Grund zum großen Pessimismus.

Und wenn man sich die Haushaltszahlen ansieht, die Ergebnisse für 2008 und 2009, dann haben wir es schon geschafft, dass wir pro Jahr bezogen trotz der Krisensituation den Haushalt eigentlich im Griff hatten. Und das werden wir in den nächsten Jahren auch hinbekommen, aber ein Stück weit ist dafür die große Linie Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsförderung. Oder es gibt eine ganz große Reform im Bund, die eben heißt, es gibt keine Gewerbesteuer mehr, es gibt eine andere Lösung dafür. Ob das der richtige Weg ist, weiß ich heute nicht. Da bin ich erst bereit etwas zu sagen, wenn ich die Alternative gut kenne und sagen kann, was es wirklich für Auswirkungen hat. Die hat bisher noch keiner auf den Tisch gelegt, dass man darüber ernsthaft diskutieren könnte. Und solange das nicht da ist, sollte man bei dem bleiben, was man kennt und was man hat und auch nicht versuchen, über noch weitere Reduzierung der Steuereinnahmen uns in größere Probleme zu bringen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, für Ihr geduldiges Zuhören und ich wünsche eine weitere fruchtbare Debatte.